



vonBredow Valentin Herz

Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB

Bürgerenergie: Erneuerbare-Energien- Gemeinschaften

Update zum EU-Energie-Winterpaket
Würzburg, 23. Oktober 2018

Dr. Bettina Hennig

Über von Bredow Valentin Herz



-▶ Beratung u.a. von Anlagenbetreibern, Projektentwicklern, Stadtwerken, Energiehändlern und Großverbrauchern
-▶ Energierecht, Recht der erneuerbaren Energien, Bau- und Planungsrecht
-▶ Vertragsgestaltung und -prüfung
-▶ Gutachterliche Beantwortung von Rechtsfragen
-▶ Vertretung in Verwaltungsverfahren und vor Gerichten
-▶ Kauf und Verkauf von Anlagen

Facts:

-▶ **branchenfokussiert**
-▶ **bundesweit tätig**
-▶ **10 RechtsanwältInnen**
-▶ **Sitz in Berlin-Mitte**



**Bürgerenergie im
EEG**

**Erneuerbare-
Energien-
Gemeinschaften in
der RED II und
Umsetzungsbedarf
nach Inkrafttreten
der RED II in
Deutschland**

**Bewertung und
Fazit**

- U „Der Anspruch auf Vergütung für selbst genutzten Strom ist neu in das EEG aufgenommen worden und soll einen Anreiz setzen, Strom aus Erneuerbaren Energien selbst dezentral zu verbrauchen.“ (Begründung zum EEG 2009, S. 61)
- U „Im Hinblick auf Terror- oder Proliferationsgefahren hat eine weitgehend dezentrale, regenerativ ausgerichtete Energieversorgung auch sicherheitspolitische Vorteile gegenüber einem zentral organisierten, fossil-nuklearen Energiesystem“ (Begründung zum EEG 2012, S. 48)
- U „Das Grünstromprivileg fördert zudem die Entsolidarisierung der Kostentragung, da die EEG-Umlagekosten, die nicht auf die im Grünstromprivileg privilegierten Strommengen umgelegt werden können, auf die Schultern der übrigen Stromverbraucher verteilt werden müssen.“ (Begründung zum EEG 2014, S. 91)
- U „Durch die zukünftige Einbeziehung von privat oder gewerblich genutzten Neuanlagen zur Eigenstromerzeugung in die Umlagenfinanzierung wird der Flucht in den Eigenverbrauch begegnet und auf diese Weise die Finanzierungsbasis des EEG gesichert, indem eine Erosion des umlagepflichtigen Letztverbrauchs verhindert wird.“ (Begründung zum EEG 2014, S. 95)



Begriff der „Bürgerenergie“ im EEG 2017



Bürgerenergiegesellschaften im EEG - Anwendungsbereich

- ☺ Bedeutung bislang nur in Ausschreibungen zur Windenergie an Land
- ☺ Keine Bedeutung in Bezug auf andere Energieträger „PV, Biomasse“
- ☺ Keine Bedeutung in Projekten unter 750 kW





Bürgerenergiegesellschaften im EEG 2017 - Definition

- U „Bürgerenergiegesellschaft“ ist jede Gesellschaft,
 - † die aus mindestens zehn natürlichen Personen als stimmberechtigten Mitgliedern oder stimmberechtigten Anteilseignern besteht,
 - † bei der mindestens 51 Prozent der Stimmrechte bei natürlichen Personen liegen, die seit mindestens einem Jahr vor der Gebotsabgabe in der kreisfreien Stadt oder dem Landkreis, in der oder dem die geplante Windenergieanlage an Land errichtet werden soll, nach § 21 oder § 22 des Bundesmeldegesetzes mit ihrem Hauptwohnsitz gemeldet sind, und
 - † bei der kein Mitglied oder Anteilseigner der Gesellschaft mehr als 10 Prozent der Stimmrechte an der Gesellschaft hält,





Privilegien für Bürgerenergiegesellschaften (§ 36g EEG)

- ~~U Gebotsabgabe vor Erteilung der BImSchG-Genehmigung~~
- U Sicherheit bei Gebotsabgabe nur 15 Euro je Kilowatt
- ~~U Zuschlag innerhalb des Landkreises „verschiebbar“, Zuordnung erst nach BImSchG-Genehmigung~~
- ~~U Realisierungsfrist 54 Monate statt 30 Monate~~
- U Uniform pricing (statt eigenem Gebotswert gilt höchster noch bezuschlagter Gebotswert)





Regulatorische Hemmnisse für dezentrale „Strom-Communities“

Stromnutzung außerhalb des Netzes

- Keine (grundsätzlichen) gesetzlichen Einschränkungen im Hinblick auf Nutzung des Stroms außerhalb des Netzes, ABER:

Der Bereich außerhalb des Netzes ist keine energierechtliche Blackbox!

- Zahlreiche Pflichten und Vorgaben zu beachten, z.B.

-▶ Vertragsgestaltung
-▶ Rechnungsgestaltung
-▶ Strompreisgestaltung
-▶ Messvorgaben
-▶ Administrative Anforderungen, z.B.:
 - Informationspflichten
 - Dokumentationspflichten
 - Meldepflichten



Förderung?

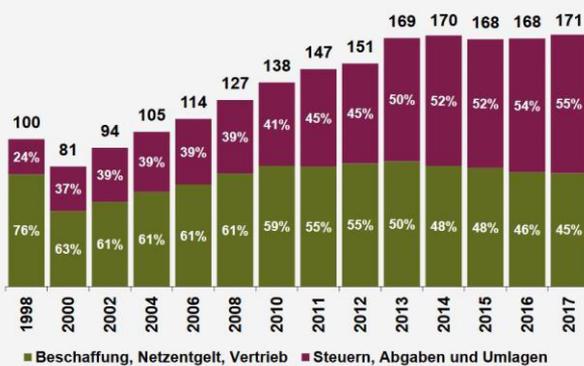


- ☺ Nach EEG: Förderung für PV-Mieterstrommodelle (neu)
- ☺ Nach KWKG: Zuschlagsanspruch für
 -▶ Eigenversorgung aus BHKW bis 100 kW installierte Leistung oder bei stromkostenintensiven Unternehmen im Sinne des EEG
 -▶ Lieferung an Letztverbraucher in einer Kundenanlage oder einem geschlossenen Verteilernetz, soweit für diesen Strom die volle EEG-Umlage entrichtet wird
 -▶ Höhe gestaffelt nach KWK-Leistungsanteil
 -▶ Aktuell beihilfenrechtlich unklare Rechtslage!

Senkung der Letztverbraucherabgaben?



Entwicklung der Strompreise (Index 1998 = 100)

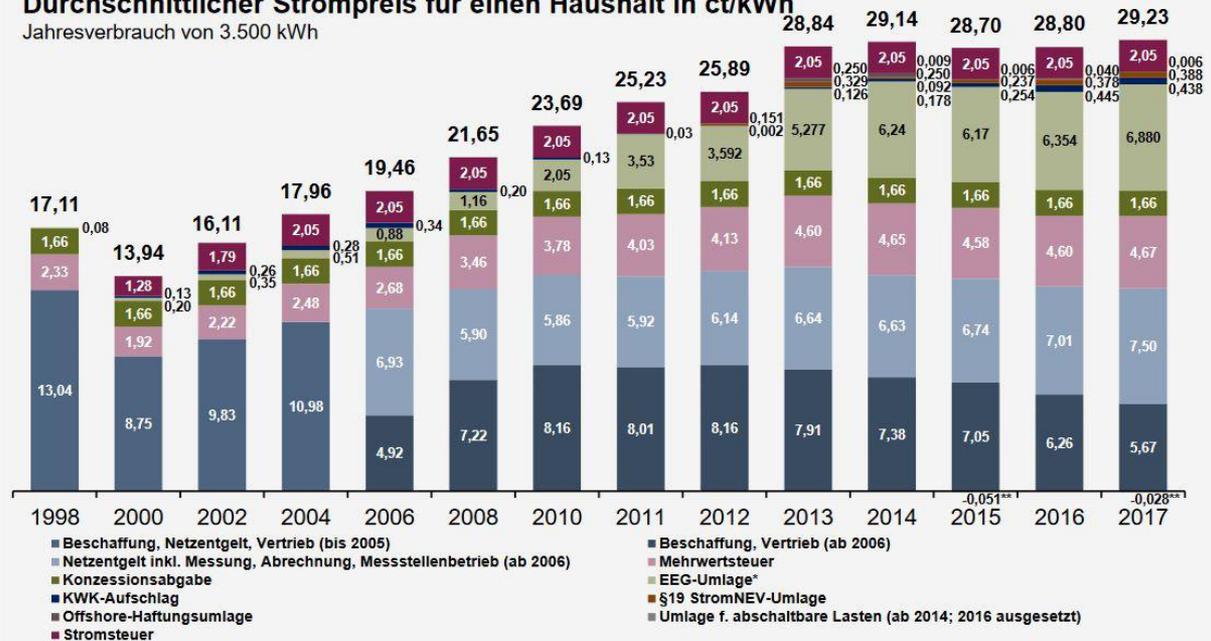


Quelle: BDEW, Stand: 05/2017

* Haushalt mit 3.500 kWh Jahresverbrauch

→ Die Höhe der anfallenden EEG-Umlage, Netzentgelte und Stromsteuer ist ein wesentlicher Wirtschaftlichkeitsfaktor

Durchschnittlicher Strompreis für einen Haushalt in ct/kWh
Jahresverbrauch von 3.500 kWh



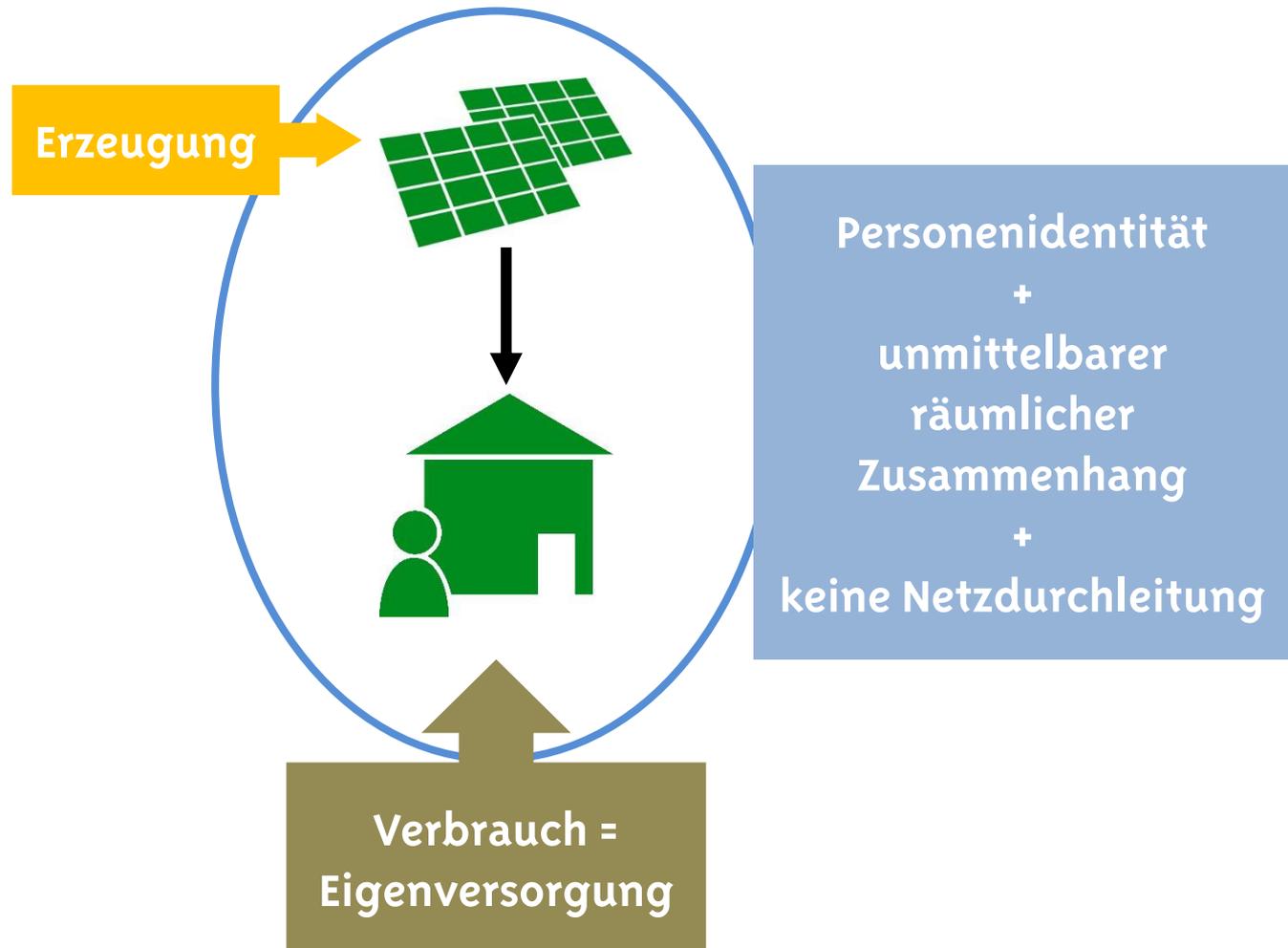
* ab 2010 Anwendung AusgleichMechV

**Offshore-Haftungsumlage 2015/17 wegen Nachverrechnung negativ

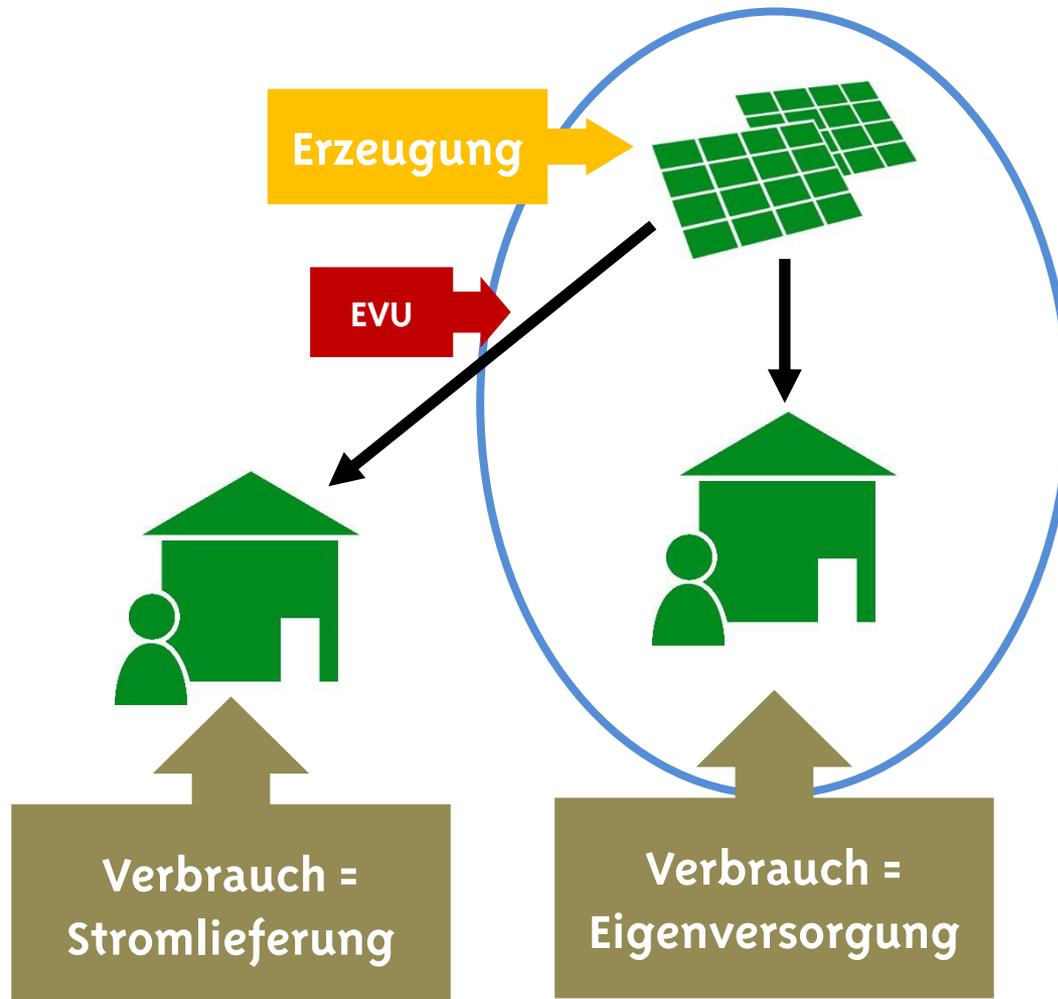
Quelle: BDEW, Stand: 05/2017

→ In dezentralen Konzepten Wegfall oder Reduzierung (40 Prozent) der EEG-Umlage möglich (bei Eigenversorgung); ggf. Wegfall der Stromsteuer möglich; ggf. Wegfall der Netzentgelte und sonstiger Letztverbraucherabgaben möglich

Eigenversorgung



Direktlieferung (auch außerhalb des Netzes!)

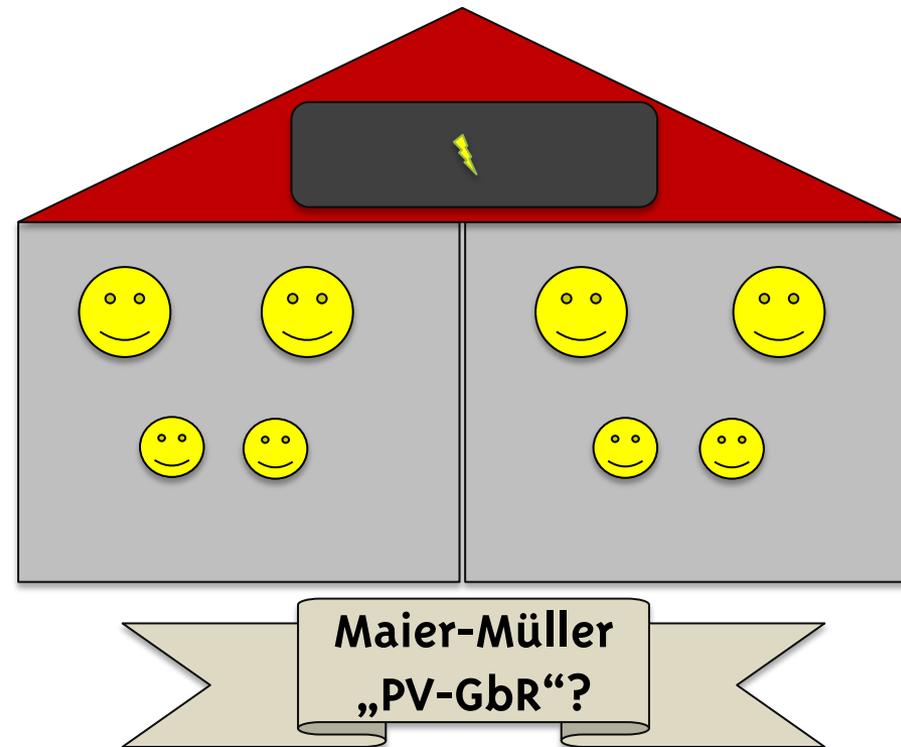
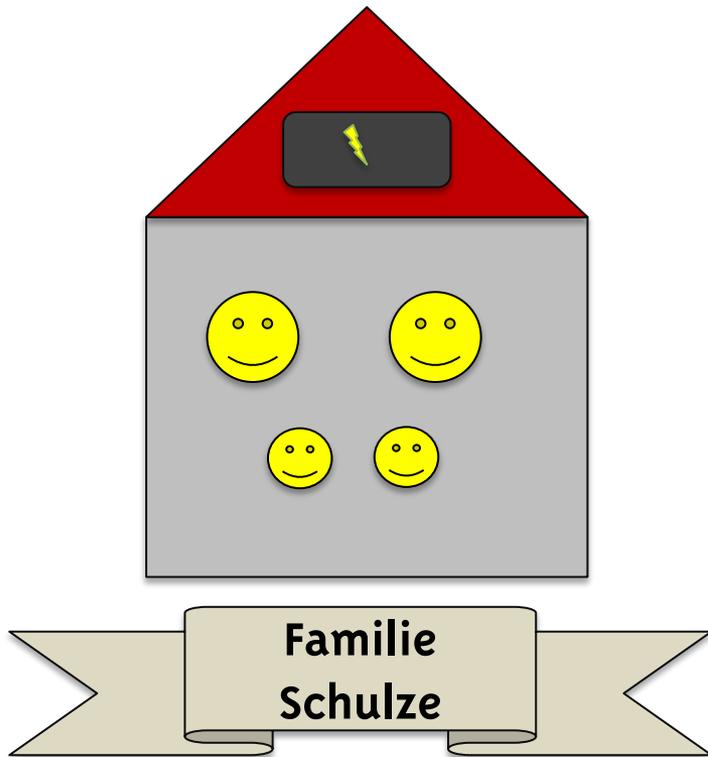


Herausforderung Mehrpersonenversorgung



vonBredow Valentin Herz

Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB



Eigenversorgung (+)

Eigenversorgung (-)

Eigenversorgung und Lieferung: Grobüberblick



	Direktlieferung	Eigenversorgung
Förderung für den gelieferten/selbst verbrauchten Strom	Ggf. (Mieterstromzuschlag / KWKG)	NEIN (ggf. KWKG)
Förderung der Überschusseinspeisung	JA	JA
Pflicht zur Zahlung von KWK-Umlage, Netzentgelten, Konzessionsabgaben (?), Offshore-Haftungsumlage, Umlage nach StromNEV, Umlage für abschaltbare Lasten	NEIN	NEIN
Stromsteuerbefreiung bei Nennleistung kleiner 2 MW und Verbrauch im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang oder Stromlieferung aus „rein erneuerbaren Netzen“	JA	JA
EEG-Umlage auf den gelieferten/selbst verbrauchten Strom	JA	Grds. JA, aber ggf. reduziert oder Entfallen

Pflichten als Stromlieferant

☺ Lieferung an Letztverbraucher begründet grundsätzlich energierechtliche Pflichten als

-▶ Energieversorgungsunternehmen (EnWG)
-▶ Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EEG)
-▶ Versorger (StromStG)
-▶ Energiehändler (REMIT)?

☺ Pflichtenkatalog betrifft im Wesentlichen

-▶ Zahlung der EEG-Umlage und ggf. weiteren Abgaben, Umlagen und Entgelten
-▶ Melde- und Anzeigepflichten
-▶ Rechnungslegung und -gestaltung
-▶ Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten
-▶ Vertragsgestaltung

Übersicht: energierechtliche Regelungen

EnWG

- ▶ Allgemeine EVU-Pflichten
- ▶ Stromkennzeichnung
- ▶ Abrechnung
- ▶ Meldepflichten
- ▶ Abgaben (Netzentgelte)
- ▶ Netzbetrieb und Kundenanlage

KWKG

- ▶ Förderung
- ▶ KWK-Umlage

EEG

- ▶ Finanzielle Förderung
- ▶ Technische Vorgaben
- ▶ EEG-Umlage
- ▶ Meldepflichten

REMIT-Verordnung

Messstellenbetriebsgesetz

StromStG, EnergieStG

- ▶ Strom- und Energiesteuerrecht

Übersicht: sonstige Regelungen

U BGB

-▶ Vertragsgestaltung
-▶ AGB-Recht
-▶ Dach- und/oder Raumnutzung

U Wärmelieferung (optional)

-▶ Heizkostenverordnung
-▶ AVBFernwärmeV
-▶ Betriebskostenverordnung

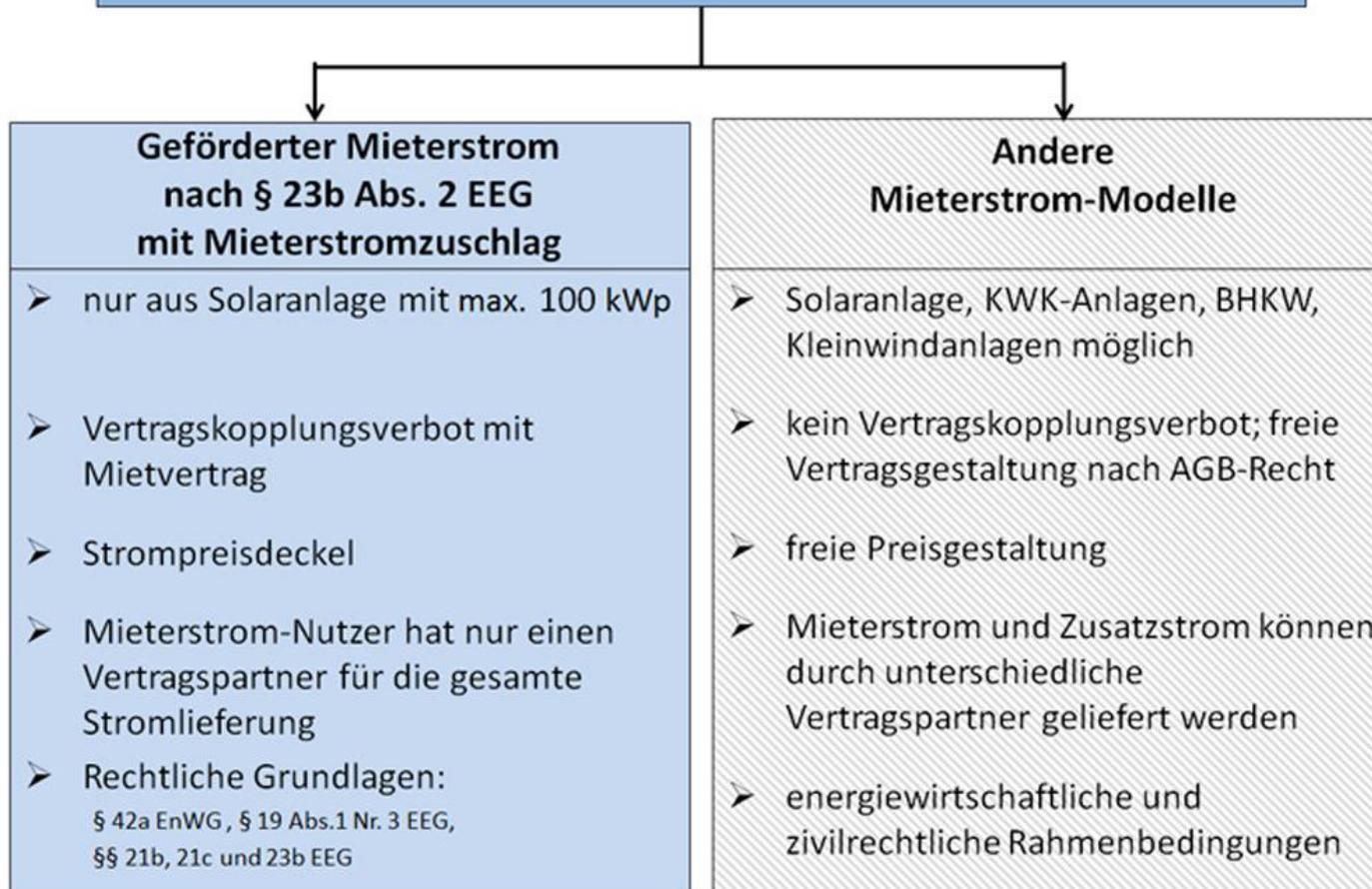
U WEG-Recht

U Steuerrecht

-▶ Umsatzsteuer, Einkommenssteuer,
Gewerbesteuer



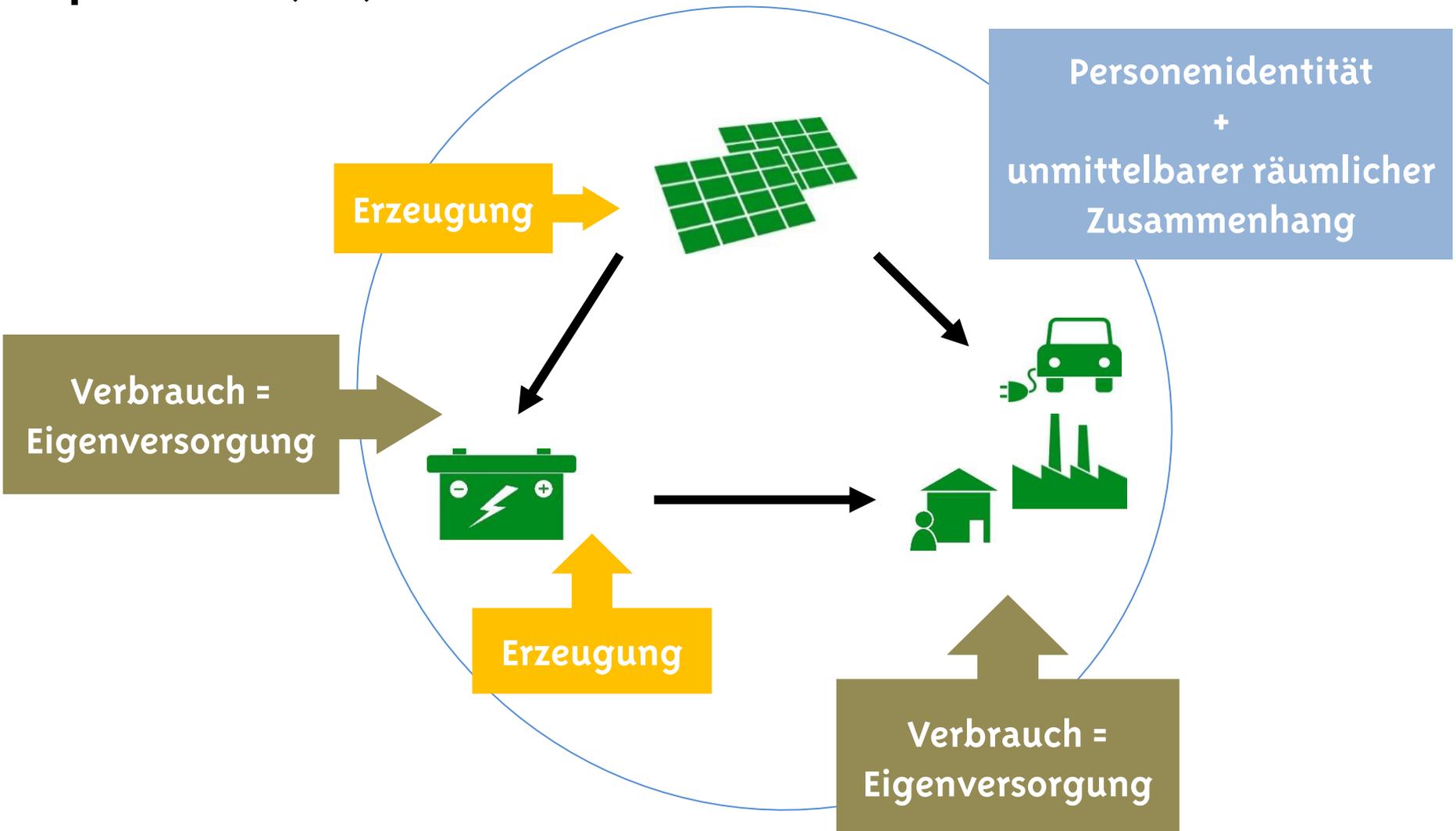
Grundsätzliche Unterschiede beim Mieterstrom



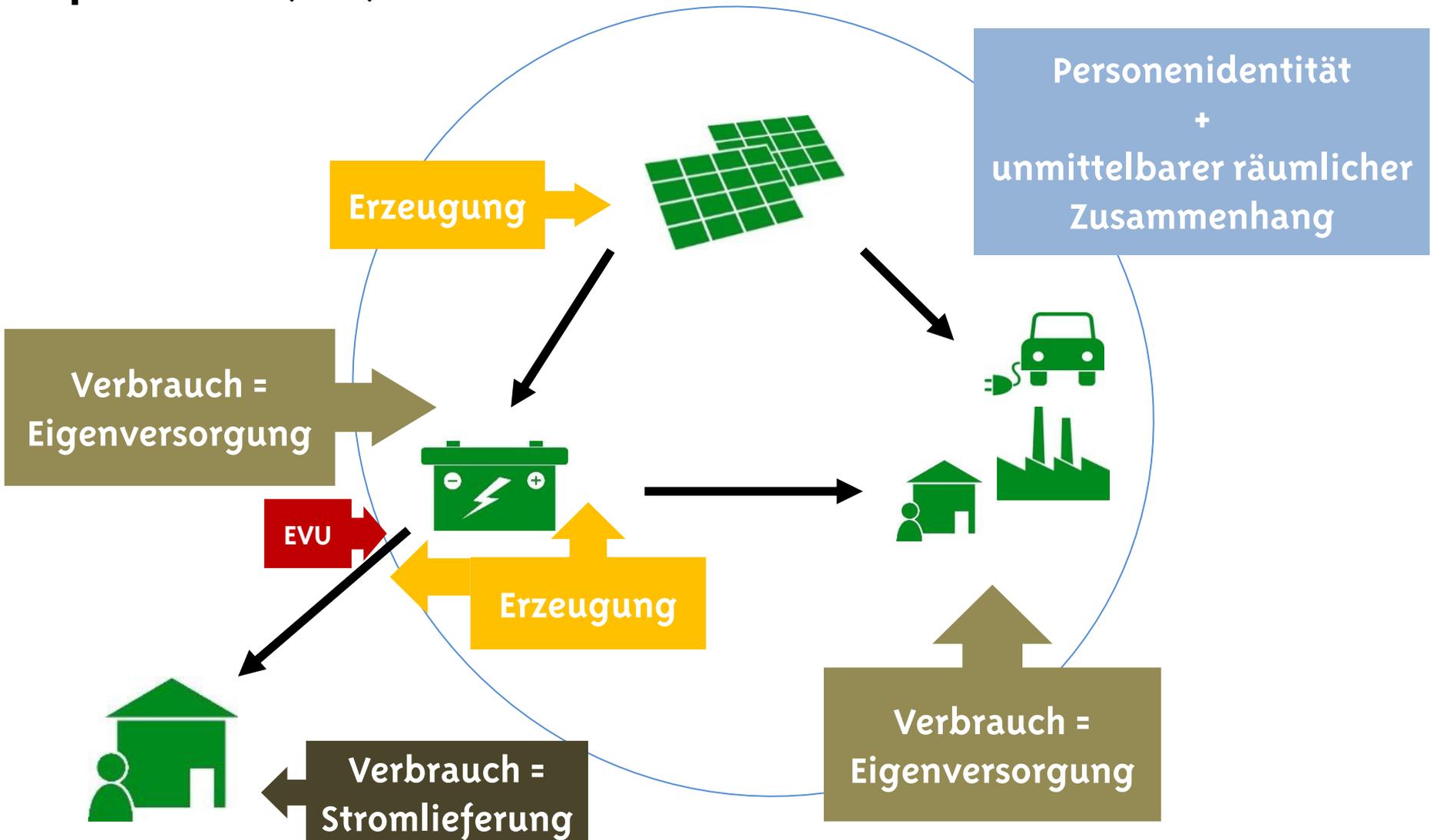
Quelle:

https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Verbraucher/Vertragsarten/Mieterstrom/Mieterstrom_node.html

Eigenversorgung und Stromlieferung bei Speichern (1/2)

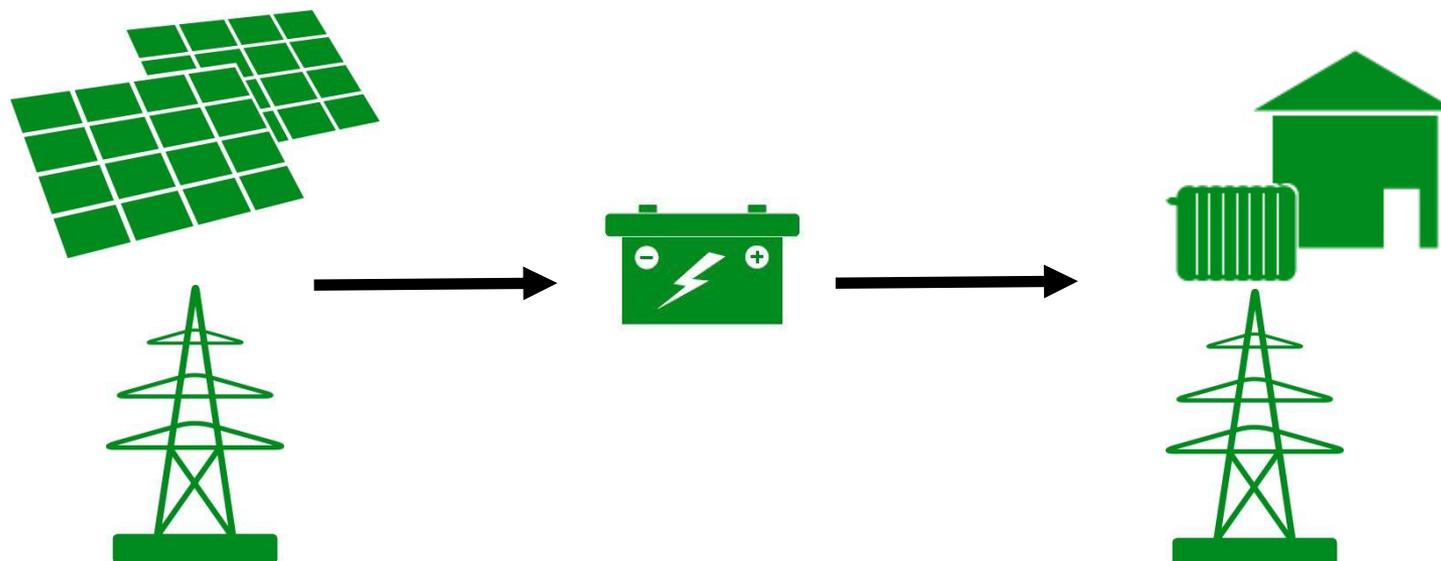


Eigenversorgung und Stromlieferung bei Speichern (2/2)





Wenn die EEG-Umlage gleich mehrfach anfällt...



EEG-Umlage, da
Einspeicherung =
Letztverbrauch

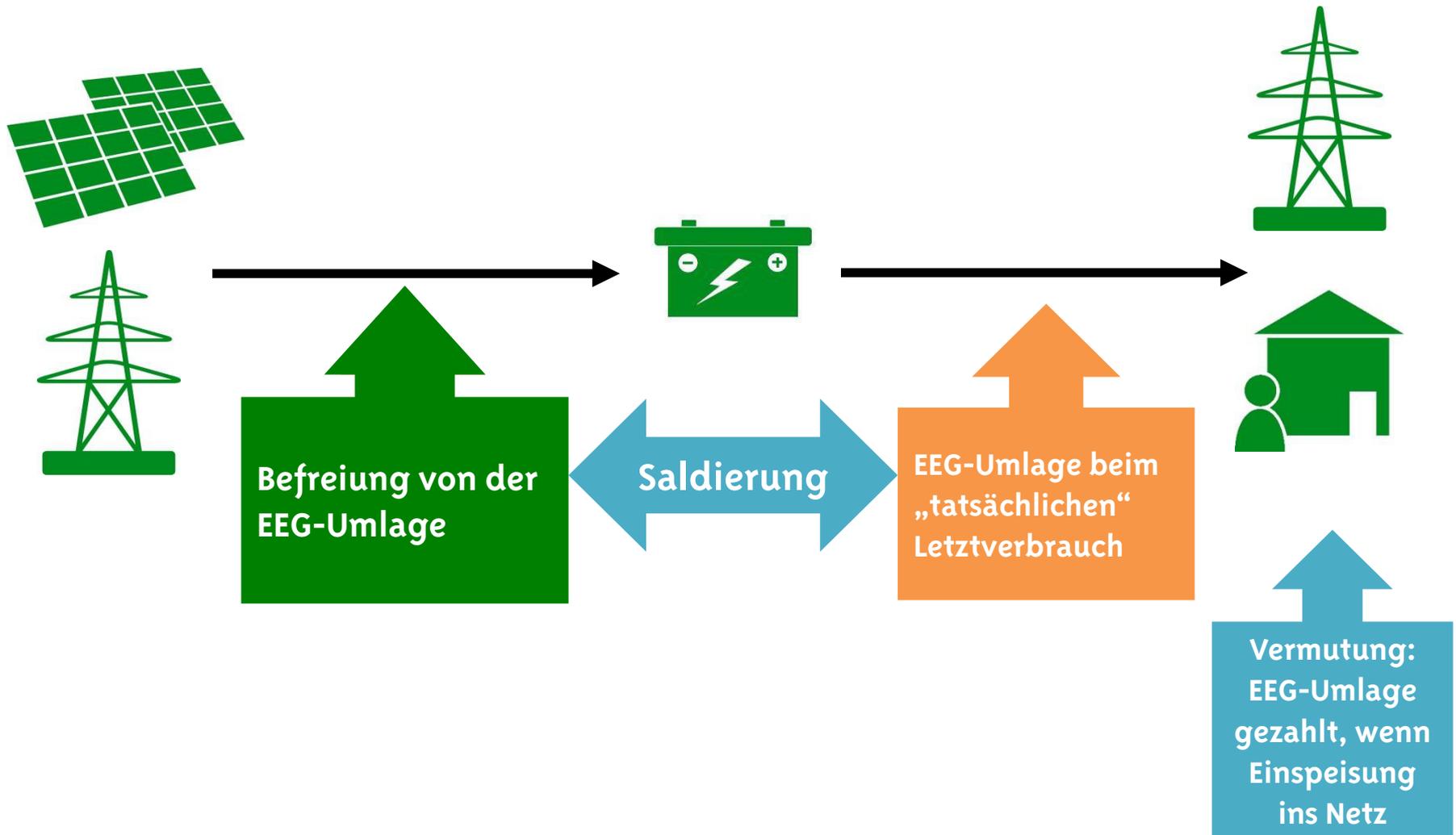
EEG-Umlage beim
„tatsächlichen“
Letztverbrauch, da
Ausspeicherung =
Stromerzeugung

§ 61k – EEG-Umlage für Speicher

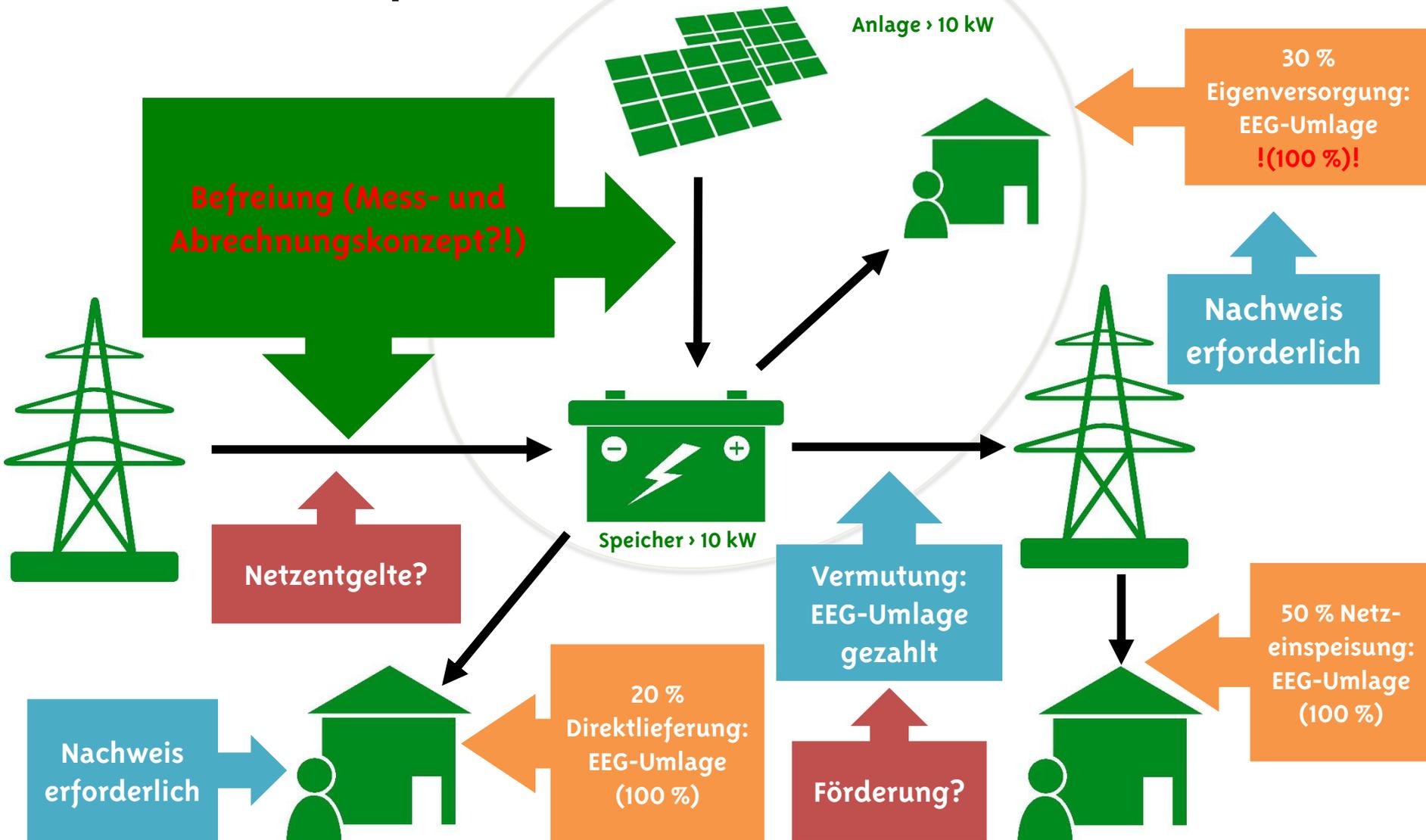


- (1) Für Strom, der in einer Saldierungsperiode zur Zweck der Zwischenspeicherung in einem Stromspeicher verbraucht wird, verringert sich der Anspruch auf Zahlung der Höhe und in dem Umfang, in der die Erzeugung von Speichergas eingesetzt wird, das in das Erdgasnetz eingespeist wird, in der Höhe und in dem Umfang, in der das Speichergas unter Berücksichtigung der Anforderungen nach § 44b Absatz 5 Nummer 1 und 2 zur Stromerzeugung eingesetzt wird und auf den Strom die EEG-Umlage gezahlt wird.
- (2) Der Anspruch auf Zahlung der EEG-Umlage verringert sich auch für Strom, der zur Erzeugung von Speichergas eingesetzt wird, das in das Erdgasnetz eingespeist wird, in der Höhe und in dem Umfang, in der das Speichergas unter Berücksichtigung der Anforderungen nach § 44b Absatz 5 Nummer 1 und 2 zur Stromerzeugung eingesetzt wird und auf den Strom die EEG-Umlage gezahlt wird.
- (1c) Für Stromspeicher, deren Strom nicht ausschließlich in ein Netz eingespeist und nicht ausschließlich vom Betreiber selbst verbraucht wird, evaluiert die Bundesnetzagentur die Absätze 1 bis 1b Erfahrungen mit dem Betrieb von Stromspeichern im Jahr 2020 und berichtet der Bundesregierung über die Ergebnisse der Evaluation.
- (3) Der Anspruch auf Zahlung der EEG-Umlage entfällt ferner für Strom, der an den Netzbetreiber zum Ausgleich physikalisch bedingter Netzverluste als Verlustleistung an das Stromnetz geliefert wird.
- (4) Der nach den Absätzen 1, 2 oder 3 verringerte oder entfallene Anspruch nach § 60 Absatz 1 erhöht sich für das jeweilige Kalenderjahr um 20 Prozentpunkte, wenn das Elektrizitätsversorgungsunternehmen seine Mitteilungspflichten nach § 74 Absatz 1 nicht spätestens bis zum 31. Mai des Jahres erfüllt, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem diese Mitteilungspflichten zu erfüllen gewesen wären. Satz 1 ist entsprechend für den nach den Absätzen 1, 2 oder 3 verringerten oder entfallenen Anspruch nach § 61 Absatz 1 anzuwenden, wenn der Letztverbraucher oder Eigenversorger seine Mitteilungspflichten nach § 74a Absatz 1 nicht spätestens bis zum 28. Februar des Jahres erfüllt, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem diese Mitteilungspflichten zu erfüllen gewesen wären. Der Fristablauf nach Satz 2 verschiebt sich auf den 31. Mai des Jahres, wenn die Mitteilung nach § 74a Absatz 1 gegenüber einem Übertragungsnetzbetreiber zu erfolgen hat.
- (1b) Der Anspruch auf Zahlung der EEG-Umlage besteht für Strom, der in einer Saldierungsperiode zur Zweck der Zwischenspeicherung in einem Stromspeicher verbraucht wird, in der Höhe und in dem Umfang, in der die Erzeugung von Speichergas eingesetzt wird, das in das Erdgasnetz eingespeist wird, in der Höhe und in dem Umfang, in der das Speichergas unter Berücksichtigung der Anforderungen nach § 44b Absatz 5 Nummer 1 und 2 zur Stromerzeugung eingesetzt wird und auf den Strom die EEG-Umlage gezahlt wird.
- (1a) Saldierungsperiode ist ein Kalenderjahr, in dem die Erzeugung von Speichergas eingesetzt wird, das in das Erdgasnetz eingespeist wird, in der Höhe und in dem Umfang, in der das Speichergas unter Berücksichtigung der Anforderungen nach § 44b Absatz 5 Nummer 1 und 2 zur Stromerzeugung eingesetzt wird und auf den Strom die EEG-Umlage gezahlt wird.
- a) Die Höhe der EEG-Umlage wird durch geeichte Messer bestimmt. Die Messer sind im Sinne des § 2 Nummer 1 der Verordnung über die Messung von Strom und Wärme bereit zu stellen; insbesondere sind Stromspeicher, die zur Erzeugung von Speichergas eingesetzt werden, auf Zahlung der EEG-Umlage bestehen, zu prüfen.
- b) Die Höhe der EEG-Umlage wird durch geeichte Messer bestimmt. Die Messer sind im Sinne des § 2 Nummer 1 der Verordnung über die Messung von Strom und Wärme bereit zu stellen; insbesondere sind Stromspeicher, die zur Erzeugung von Speichergas eingesetzt werden, auf Zahlung der EEG-Umlage bestehen, zu prüfen.
- c) Die Höhe der EEG-Umlage wird durch geeichte Messer bestimmt. Die Messer sind im Sinne des § 2 Nummer 1 der Verordnung über die Messung von Strom und Wärme bereit zu stellen; insbesondere sind Stromspeicher, die zur Erzeugung von Speichergas eingesetzt werden, auf Zahlung der EEG-Umlage bestehen, zu prüfen.
2. seine Mitteilungspflichten nach § 74 Absatz 2 und § 74a Absatz 1 zu erfüllen.
- Der Nachweis der Voraussetzungen des Absatzes 1 ist durch den Netzbetreiber zu erbringen, der zur Zahlung der EEG-Umlage verpflichtet ist. Der Nachweis kann durch den Netzbetreiber und den Stromspeicher gemeinsam erbracht werden.

Grundprinzip der Regelung



Praxisbeispiel: Multi-Use-Speicher in Quartierskonzept





**Bürgerenergie im
EEG**

**Erneuerbare-
Energien-
Gemeinschaften in
der RED II und
Umsetzungsbedarf
nach Inkrafttreten
der RED II in
Deutschland**

**Bewertung und
Fazit**



Definition der EE-Gemeinschaften



Definition – Artikel 2 lit. ww)

- U ‘renewable energy community’ means a legal entity;
 -► i. which, according to applicable national law, is based on open and voluntary participation, is autonomous, and is effectively controlled by shareholders or members that are located in the proximity of the renewable energy projects owned and developed by that community;
 -► ii. whose shareholders or members are natural persons, local authorities, including municipalities, or SMEs;
 -► iii. whose primary purpose is to provide environmental, economic or social community benefits for its members or the local areas where it operates rather than financial profits.

- U viele unbestimmte Rechtsbegriffe

Hintergründe der Definition



- Erwägungsgrund (55): The specific characteristics of local renewable energy communities in terms of size, ownership structure and the number of projects can hamper their competition on equal footing with large-scale players, namely competitors with larger projects or portfolios. Therefore it should be possible for Member States to choose any form of entity for energy communities as long as such an entity may, acting in its own name, exercise rights and be subject to obligations. To avoid abuse and ensure broad participation, renewable energy communities should be capable of remaining autonomous from individual members and other traditional market actors that participate in the community as members or shareholders, or who cooperate through other means such as investment. Participation in renewable energy generation projects should be open to all potential local members based on non-discriminatory criteria. Measures to offset those disadvantages include enabling energy communities to operate in the energy system and easing their market integration. Renewable energy communities should be able to share between themselves energy that is produced by their community-owned installations. However, community members should not be exempt from appropriate costs, charges, levies and taxes that would be borne by non-community member final consumers or generators in a similar situation or when any kind of public grid infrastructure is used for these transfers.

- U Für die Zwecke dieser Richtlinie bezeichnet der Begriff einer Gemeinschaft im Bereich der Energie aus erneuerbaren Quellen ein KMU oder eine gemeinnützige Organisation, dessen/deren Anteilseigner oder Mitglieder im Rahmen der Erzeugung, Verteilung und Speicherung von sowie der Versorgung mit Energie aus erneuerbaren Quellen zusammenarbeiten und mindestens vier der folgenden Kriterien erfüllen:
 -▶ a) Die Anteilseigner oder Mitglieder sind natürliche Personen, lokale Behörden einschließlich Gemeinden oder KMU, die im Bereich der Energie aus erneuerbaren Quellen tätig sind;
 -▶ b) mindestens 51 % der stimmberechtigten Anteilseigner oder Mitglieder des Unternehmens sind natürliche Personen;
 -▶ c) mindestens 51 % der Anteile oder Genussrechte des Unternehmens sind in Besitz lokaler Mitglieder, d. h. Vertreter lokaler öffentlicher und privater sozioökonomischer Interessen oder Bürger mit einem unmittelbaren Interesse an der Gemeinschaftstätigkeit und ihren Auswirkungen;
 -▶ (d) mindestens 51 % der Sitze im Verwaltungsrat oder Leitungsorgan des Unternehmens sind lokalen Mitgliedern vorbehalten, d. h. Vertretern lokaler öffentlicher und privater sozioökonomischer Interessen oder Bürgern mit einem unmittelbaren Interesse an der Gemeinschaftstätigkeit und ihren Auswirkungen;
 -▶ e) die Gemeinschaft hat im jährlichen Mittel in den letzten fünf Jahren nicht mehr als 18 MW Kapazität für die Erzeugung von Elektrizität, Wärme und Kälte sowie Energie für den Verkehrssektor installiert.



Umsetzungsbedarf: Einführung von „EE-Gemeinschaften“ in Deutschland

- ☺ Erneuerbare-Energien-Gemeinschaften gibt es bislang im deutschen Energierecht nicht.
- ☺ Die Definition der Bürgerenergiegesellschaften weist nur gewisse Parallelen hierzu auf.
- ☺ Zudem ist der Anwendungsbereich der Bürgerenergiegesellschaften derzeit in Deutschland auf die Ausschreibungen für Windenergie an Land begrenzt.
- ☺ Zukünftig bedarf es daher der Einführung des Begriffs der Erneuerbare-Energien-Gemeinschaften



Rechte von EE-Gemeinschaften

Möglichkeit der Teilnahme – Artikel 22 Absatz 1



Hauptzielgruppe, aber nicht
ausschließlich:
Haushaltskunden

z. B. Vorgaben des EnWG zu
Rechnungslegung, Vertragsgestaltung,
Möglichkeit des Lieferantenwechsels (?)

- 1. Member States shall ensure that final customers, in particular household customers, are entitled to participate in a renewable energy community without losing their rights or obligations as final customers, and without being subject to unjustified or discriminatory conditions or procedures that would prevent their participation in a renewable energy community, provided that for private undertakings, their participation does not constitute their primary commercial or professional activity.



Rechte von Erneuerbare-Energien-Gemeinschaften – Artikel 22 Absatz 2

Ist hiermit etwas anderes gemeint als die Lieferung von Strom?

- U 2. Member States shall ensure that renewable energy communities are entitled:
 -▶ a) to generate, consume, store and sell renewable energy, including through power purchase agreements;
 -▶ b) to arrange sharing of renewable energy within the community that is produced by the production units owned by the community, subject to the provisions of this article and retaining community members' rights and obligations as customers;
 -▶ c) to access all suitable energy markets both directly or through aggregation in a non-discriminatory manner;



Der Rechtsrahmen für EE-Gemeinschaften – Artikel 22 Absatz 4

Was fällt hierunter? Auch ein unklarer Rechtsrahmen oder Rechtsunsicherheit? Wann ist ein Hemmnis für dezentrale Konzepte gerechtfertigt?

- U 3. Member States shall carry out an assessment of the existing barriers and potential of development of renewable energy communities in their territories.
- U 4. Member States shall provide an enabling framework to promote and facilitate the development of renewable energy communities. The framework shall ensure, inter alia, that:
 - U a) unjustified regulatory and administrative barriers to renewable energy communities are removed;
 - U b) renewable energy communities that supply energy, provide aggregation or other commercial energy services are subject to the provisions relevant for such activities;

Das heißt, dass alle energierechtlichen Vorgaben des EnWG etc. für Lieferanten auch hier weiter gelten sollen/dürfen?



Der Rechtsrahmen für EE-Gemeinschaften – Artikel 22 Absatz 4

- 4. Member States shall provide an enabling framework to promote and facilitate the development of renewable energy communities. The framework shall ensure, inter alia, that:
 - c) the relevant distribution system operator cooperates with renewable energy communities to facilitate energy transfers within renewable energy communities;
 - d) renewable energy communities are subject to fair, proportionate and transparent procedures, including registration and licensing, and cost reflective network charges, as well as relevant levies and taxes, ensuring they contribute in an adequate, fair and balanced way to the overall cost sharing of the system in line with a transparent cost-benefit analysis of distributed energy sources developed by the national competent authorities;

Was genau ist hier “fair, verhältnismäßig und transparent”? Bilden die Netzentgelte in Deutschland die Kosten ab? EEG-Umlage etc. bleibt unangetastet? Was ist hier “angemessen, gerecht und ausgewogen”?

Im Umkehrschluss: EE-Gemeinschaften müssen auch das Verteilnetz für die Übertragung von Energie nutzen dürfen. Ohne Bilanzkreise? Was muss der Verteilnetzbetreiber genau machen, um die Kooperationspflicht zu erfüllen?



Der Rechtsrahmen für EE-Gemeinschaften – Artikel 22 Absatz 4

- 4. Member States shall provide an enabling framework to promote and facilitate the development of renewable energy communities. The framework shall ensure, inter alia, that:
 - e) renewable energy communities are subject to a non-discriminatory treatment with regard to their activities, rights and obligations as final customers, generators, suppliers, distribution system operators, or as other market participants;
 - f) the participation in the renewable energy communities is accessible to all consumers, including those in low-income or vulnerable households;

Diskriminierung auch gleiche Behandlung von Ungleichen... Wo verläuft hier die Grenze?

Erwägungsgrund (53a): Empowering jointly acting renewable self-consumers also provides opportunities for renewable energy communities to advance energy efficiency at household level and help fight energy poverty through reduced consumption and lower supply tariffs. Member States should take appropriate advantage of this opportunity by, inter alia, assessing the possibility to enable participation by households that might otherwise not be able to participate, including vulnerable consumers and tenants.



Der Rechtsrahmen für EE-Gemeinschaften – Artikel 22 Absatz 4

- 4. Member States shall provide an enabling framework to promote and facilitate the development of renewable energy communities. The framework shall ensure, inter alia, that:
 - g) tools to facilitate access to finance and information are available;
 - h) regulatory and capacity-building support is provided to public authorities in enabling and setting up renewable energy communities, and in helping authorities to participate directly;
 - i) rules to secure the equal and non-discriminatory treatment of consumers that participate in the renewable energy community.

Diskriminierung auch gleiche Behandlung von Ungleichen... Wo verläuft hier die Grenze?

Das heißt, dass alle energierechtlichen Vorgaben des EnWG etc. für Lieferanten auch hier weiter gelten sollen/dürfen?

Nebenbestimmungen, Artikel 22 Absatz 5-7

- 5. Major principles of the enabling framework and its implementation shall be part of the progress reports and updates of the integrated national energy and climate plans of Member States pursuant to Regulation ... of the European Parliament and of the Council [on the Governance of the Energy Union, 2016/0375(COD)].
- 6. Member States may provide that renewable energy communities are open to cross-border participation.
- 7. Without prejudice to Articles 107 and 108 TFEU Member States shall take into account specificities of renewable energy communities when designing support schemes, in order to allow them to compete for support on an equal footing with other market participants.

D.h. nur Gleichberechtigung, aber keine Bevorzugung

Erwägungsgrund (16e): Member States should ensure that renewable energy communities, can participate in available support schemes on an equal footing with other large participants. To that end, Member States should be allowed to take measures, including provision of information, technical and financial support, reduce administrative requirements, include community-focused bidding criteria, create tailored bidding windows for renewable energy communities, or allow them to be remunerated through direct support when they comply with requirements of small installations.



**Bürgerenergie im
EEG**

**Erneuerbare-
Energien-
Gemeinschaften in
der RED II und
Umsetzungsbedarf
nach Inkrafttreten
der RED II in
Deutschland**

**Bewertung und
Fazit**



EE-Gemeinschaften – der Durchbruch für die Bürgerenergie in Deutschland?

- U Wohl nicht:
 -▶ Anwendungsbereich bedarf der Konkretisierung
 -▶ Selbst wenn viele Gesellschaften darunter fallen: Wohl keine Pflicht des Staates, diesen einen attraktiven klaren Rechtsrahmen zu bieten oder sogar Privilegien
 -▶ Lediglich Pflicht zur Gleichbehandlung mit anderen Energieversorgern – diese Pflicht dürfte in Bezug auf Genossenschaften oder andere Zusammenschlüsse lokaler Prosumer aber in Deutschland auch bereits erfüllt sein
 -▶ Keine Pflicht zum Abbau der erheblichen Komplexität und bürokratischer Hemmnisse (?) – Hier würde aber der Schlüssel zum Erfolg liegen.
 -▶ Ggf. Chancen im umfassenderen Assessment der bestehenden Hemmnisse und im allgemeinen „Aufwind“ für dezentrale Energiewendeprojekte auf europäischer Ebene?



vonBredow Valentin Herz

Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB

Vielen Dank!

Dr. Bettina Hennig

Littenstraße 105

10179 Berlin

T: +49-30-8092482-20

F: +49-30-8092482-30

info@vbmh.de

www.vbmh.de

www.twitter.com/EE_Recht



Hintergrundinfos

- Erwägungsgrund (54): The participation of local citizens and local authorities in renewable energy projects through renewable energy communities has resulted in substantial added value in terms of local acceptance of renewable energy and access to additional private capital which results in local investment, more choice for consumers and greater participation by citizens in the energy transition. This local involvement will be all the more crucial in a context of increasing renewable energy capacity in the future. Measures to allow renewable energy communities to compete on an equal footing with other producers also aim to increase local citizen participation in renewable energy projects and therefore increase acceptance for renewable energies.

Binnenmarktrichtlinie

- 🕒 Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES mit gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt
- 🕒 Entwurfsverfahren läuft noch

lokale Energiegemeinschaften

- 🕒 Artikel 2 Nummer 7 Binnenmarktrichtlinie
- 🕒 7. „lokale Energiegemeinschaft“ eine Vereinigung, Kooperative, Partnerschaft, gemeinnützige Organisation oder andere Rechtsperson, die von lokalen Anteilseignern oder Mitgliedern tatsächlich kontrolliert wird, in der Regel werte statt gewinnorientiert und an der dezentralen Stromerzeugung beteiligt ist sowie die Tätigkeiten eines Verteilernetzbetreibers, Anbieters oder Aggregators auf lokaler Ebene, auch grenzüberschreitend, ausübt;



Artikel 16 Binnenmarktrichtlinie - Lokale Energiegemeinschaften

- U 1. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass lokale Energiegemeinschaften
 - U (a) das Recht haben, gemeinschaftliche Netze zu besitzen, einzurichten oder zu mieten und autonom zu verwalten;
 - U (b) entweder direkt oder über Aggregatoren oder Anbieter nichtdiskriminierenden Zugang zu allen organisierten Märkten erhalten;
 - U (c) in Bezug auf ihre Tätigkeiten, Rechte und Pflichten als Endkunden, Erzeuger, Verteilernetzbetreiber oder Aggregatoren ohne Diskriminierung behandelt werden;
 - U (d) fairen, verhältnismäßigen und transparenten Verfahren und kostenorientierten Entgelten unterliegen.



Artikel 16 Binnenmarkttrichtlinie - Lokale Energiegemeinschaften

- U 2. Die Mitgliedstaaten bieten einen für lokale Energiegemeinschaften günstigen Regulierungsrahmen, der gewährleistet, dass
 - U (a) die Teilnahme an lokalen Energiegemeinschaften freiwillig ist;
 - U (b) Anteilseigner oder Mitglieder lokaler Energiegemeinschaften ihre Rechte als Haushaltskunden oder aktive Kunden nicht verlieren;
 - U (c) Anteilseigner oder Mitglieder lokaler Energiegemeinschaften diese wieder verlassen dürfen; in solchen Fällen findet Artikel 12 Anwendung;
 - U (d) Artikel 8 Absatz 3 für die Erzeugungskapazität lokaler Energiegemeinschaften gilt, sofern diese Kapazität als kleine dezentrale oder an das Verteilernetz angeschlossene Erzeugungsanlage angesehen werden kann;
 - U (e) die Bestimmungen des Kapitels IV für lokale Energiegemeinschaften gelten, die die Tätigkeiten eines Verteilernetzbetreibers ausüben;
 - U (f) lokale Energiegemeinschaften mit dem Verteilernetzbetreiber, an dessen Netz sie angeschlossen sind, gegebenenfalls Vereinbarungen über den Betrieb ihres Netzes schließen können;
 - U (g) Netznutzern, die nicht Anteilseigner oder Mitglieder der lokalen Energiegemeinschaft sind, die an das von einer lokalen Energiegemeinschaft betriebene Verteilernetz angeschlossen ist, faire und kostenorientierte Netzentgelte berechnet werden. Kann zwischen den Netznutzern und den lokalen Energiegemeinschaften keine Einigung über die Netzentgelte erzielt werden, so können beide Parteien die Regulierungsbehörde auffordern, die Höhe der Netzentgelte in einer entsprechenden Entscheidung festzulegen;
 - U (h) lokalen Energiegemeinschaften gegebenenfalls an den Anschlusspunkten des gemeinschaftlichen Netzes an das Verteilernetz außerhalb der Energiegemeinschaft angemessene Netzentgelte berechnet werden. In den Netzentgelten werden der in das Verteilernetz eingespeiste Strom und der aus dem Verteilernetz außerhalb der lokalen Energiegemeinschaft bezogene Strom im Einklang mit Artikel 59 Absatz 8 getrennt ausgewiesen.